

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 886 846 pphn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Hans Wallow MdB zur Weigerung, einem SPD-Vorschlag zu folgen: Koalition verhindert wirksame Hilfe für Somalia.

Seite 1

Rudolf Müller MdB zum Bauern-Protest in Bonn: Noch einmal: Quo vadis Landwirtschaft?

Seite 2

Hans Kolo MdL zum Konzept der Energiekonzerne RWE und VEBA: Keine neuen Atomkraft-Sackgassen eröffnen.

Seite 3

Dr. Klaus Köbler MdB zu den Folgen der Zerstörung der Moschee von Ayodhya: Düstere Aussichten für den indischen Subkontinent.

Seite 5

Professor Monika Ganseforth MdB zur Parlamentarierkonferenz für Umwelt und Entwicklung: Plädoyer für eine globale Wende.

Seite 6

47. Jahrgang / 237

8. Dezember 1992

Koalition verhindert wirksame Hilfe für Somalia Zur Weigerung, einem SPD-Vorschlag zu folgen

Von Hans Wallow MdB

Die menschenverachtende Heuchelei der Kanonenfraktionen in der Bundesregierung und den Koalitionsparteien ist das eigentliche Hindernis, auch durch die Bundeswehr in Somalia beschützende Hilfe zu leisten. Seit Juli 1992 liegt ein verfassungsändernder Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion für UNO-Blauhelmeinsätze und Hilfe der Soldaten bei nichtmilitärischen Katastrophenlagen vor.

Dort heißt es: "(3) Der Bund kann den Vereinten Nationen Angehörige der Streitkräfte nur für friedenserhaltende Maßnahmen ohne Kampfauftrag unterstellen; den Vereinten Nationen oder betroffenen Staaten sollen auf Anforderung unbewaffnete Angehörige der Streitkräfte zur Bekämpfung von Umweltschäden, für humanitäre Hilfeleistungen und Maßnahmen der Katastrophenhilfe zur Verfügung gestellt werden." (Bundestagsdrucksache 12/2895).

Da der Schutz von Hilfsgütern auch von Bundeswehr-Blauhelmen geleistet werden könnte, wäre ein verstärkter Einsatz nach dieser Verfassungsänderung für das gequälte Land durchaus möglich, wenn die Koalitionsparteien auf ihre Forderung nach unbegrenzten, weltweiten Kampfeinsätzen verzichten würden. Doch die Kanonenneurotiker, allen voran Außenminister Kinkel, wollen, statt beschützende humanitäre Nothilfe zu leisten, wieder einmal über das Leiden und Sterben von Menschen in Somalia die Akzeptanz für Kriegseinsätze außerhalb des Bündnisgebietes erzwingen.

Ihnen geht es nicht darum, den Hungernden zu helfen, denn seit zwei Jahren sterben dort täglich 500 bis 1.000 Menschen, ohne daß ernsthafte Anstrengungen zu ihrer Rettung unternommen wurden. Angesichts des UNO-Einsatzes in Somalia muß sich die zivilisierte Welt fragen lassen, wie es möglich ist, daß zum Golfkrieg, also zur Destruktion, innerhalb von kurzer Zeit Hunderttausende von Kämpfern, Tausende von Flugzeugen, riesige Transportkapazitäten, Organisationstalent und Intelligenz schnell mobilisiert werden konnten, während die Überlebenshilfen für ein kleines Land nur einen Bruchteil dieser Anstrengungen ausmachten. Die Landung der Marines darf nicht darüber hinwegtäuschen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichteter Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Die Agonie von Somalia ist der Konkurs der Menschlichkeit. Es wird sich zeigen, daß die Militärs das Hungerproblem allein nicht lösen können. Die Vereinten Nationen werden die Gesamtverantwortung für das Land übernehmen und es zum UNO-Mandatsgebiet erklären müssen.

Was hinderte eigentlich bisher den Verteidigungsminister Rühle daran, in Somalia statt der zwei Transall Maschinen eine Luftbrücke der Bundesluftwaffe mit circa zehn Transportflugzeugen anzubieten? Wer würde in unserem Land eigentlich den Einsatz von Sanitätssoldaten oder Pionieren, die Flüchtlingslager aufbauen helfen, kritisieren? Der militärische Schutz ist bei der Situation in achtzig Prozent der Hungergebiete ein absolut sekundäres Problem. Aber das ist ja weniger spektakulär, als marodierende Banden zu jagen.

Der Verteilungskonflikt in einem Land ohne staatliche Autorität ist dauerhaft nicht mit einigen zehntausend ausländischen Soldaten militärisch zu lösen. Da die Clans die einzig intakten Strukturen darstellen, werden die Militärs sogar mit ihnen kooperieren müssen. Über Polizeiaktionen hinaus ist der Aufbau der somalischen Infrastruktur, die Organisation des Gesundheitswesens und schnelle Hilfe für die Flüchtlingslager wie die Revitalisierung der Landwirtschaft und anderer Wirtschaftszweige unverzichtbar. Soldaten können dafür die Ausgangsbedingungen schaffen. Aber um die notwendige Entwicklungshilfe zu leisten braucht man viel mehr zivile Spezialisten als Soldaten.

(-/9. Dezember 1992/rs/ks)

Noch einmal: Quo vadis Landwirtschaft?

Zum Bauern-Protest in Bonn

Von Rudolf Müller MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Deutschen Bundestages

"Jahre, ja Jahrzehnte hatte man Zeit, das Überschußproblem der EG intern vernünftig zu regeln, ohne allzu große Härten für die Landwirtschaft. Jetzt muß man sich von anderen Ländern diktieren lassen, wie die Landwirtschaft im eigenen Land zu funktionieren hat. Einen schlimmeren Offenbarungseid für die Agrarpolitik kann es kaum geben."

Dieser Satz steht am Ende eines Kommentars zur Einigung zwischen der EG und den USA, und zwar - man höre und staune - im Landwirtschaftlichen Wochenblatt Westfalen-Lippe. Unabhängig davon, ob alle Hin- und Herberechnungen im einzelnen stimmen, steht fest, daß auf Landwirtschaft und Agrarpolitik gewaltige Anpassungsanforderungen zukommen werden. Und wie es aussieht, wird die von der EG eingeschlagene Politik schon bald in eine neue Sackgasse führen. Natürlich erwarten die Bauern aufgrund der vielen zur Beruhigung abgegebenen Erklärungen entsprechende Ausgleichszahlungen. Die Franzosen werden sich ihre letztendliche Zustimmung zum Kompromiß durch zusätzliche Zahlungen abkaufen lassen, Zahlungen, von denen die Deutschen natürlich den Löwenanteil tragen sollen.

Kein vernünftiger Mensch glaubt im Ernst daran, daß diese "Problemlösung mit Geld" auch angesichts der Anforderungen an die Haushalte eine zukunftsträchtige Politik sein kann. Aber es geht nicht nur um Geld. Als viel einschneidender werden sich andere Auswirkungen der vorgesehenen Maßnahmen erweisen. Die beschlossenen Quoten müssen letztendlich Produkt für Produkt umgelegt werden, zunächst auf die Länder, dann auf die Regionen und zum Schluß auf die Betriebe. Denn Sinn der ganzen Politik ist, zumindest aus deutscher Sicht, der Versuch, über Kontingentierung der Produktion die Preise über dem Niveau zu halten, das der Markt hergibt. Wenn das nur annähernd gelingen soll, bleibt angesichts der Voraussetzungen nichts anderes übrig als Reglementierung und letzten Endes die totale Überwachung.

Da der Weg steigender Ausgleichszahlungen mangels Kasse nicht lange durchzuhalten sein wird, wird zum Schluß doch die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe den Ausschlag für das Überleben geben. Die Schaffung wettbewerbsfähiger Betriebe wird aber durch die jetzt eingeleitete Politik noch mehr behindert. Die tüchtigen Unternehmer unter den Bauern werden deshalb die erstens ein, die

gegen dieses System protestieren werden. Es ist tatsächlich eine Bankrotterklärung von 40 Jahren Agrarpolitik, wenn man davon ausgeht, daß deutsche Bauern unter gleichen Rahmenbedingungen noch immer nicht wettbewerbsfähig sein sollen. Sie sind es natürlich im Prinzip, in der Praxis allerdings dann nicht, wenn gleichzeitig die bestehenden Strukturen erhalten werden sollen. Den Amerikanern kann es gleich sein, wie die Europäer mit ihren internen Problemen fertig werden. Die unklare Regelung bei den Substituten wird ohnehin bald wieder für neuen Streit sorgen. Die Franzosen werden möglicherweise zusätzliche Ausgleichszahlungen kassieren und so ihre inhereuropäische Wettbewerbsstellung stärken. Und die Erzeugerpreise werden weiter sinken, das alles aber bei einem Ausmaß an Bürokratie, das zu ständigen Konflikten führen muß.

Bundesminister Kiechle hat die Bauern zwar zu Recht gewarnt, gegen den Kompromiß zu Felde zu ziehen. Zu Recht nicht deshalb, weil das Ergebnis so gut ist, sondern weil Verzögern sicher unter einem neuen Präsidenten den Druck der USA nicht nur auf Agrarprodukte noch verstärkt hätte. Folglich sind Demonstrationen der Bauern gegen diesen Kompromiß wenig hilfreich, denn ein Scheitern birgt die Gefahr noch härterer Belastungen. Das Ergebnis, so schlecht es sein mag, schafft aber Luft, die langfristige Ausrichtung der Agrarpolitik aufgrund der bisherigen Erfahrungen und der voraussichtlichen künftigen Entwicklungen neu zu überdenken. Ob die EG und die Mitgliedsstaaten dazu endlich die Kraft aufbringen? Es wird schwer genug sein, die agrarpolitischen Weichen anders zu stellen. Aber es ist nicht unmöglich. Wer jetzt die Zeichen der Zeit nicht wahrhaben will, braucht sich morgen über die noch stärker zunehmende Verplanung der Landwirtschaft, die letzten Endes nicht einmal den Bauern nutzen wird, nicht zu beklagen.

(-/9. Dezember 1992/rs/ks)

Keine neuen Atomkraft-Sackgassen eröffnen Zum Konzept der Energiekonzerne RWE und VEBA

Von Hans Kolo MdL

Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Trotz einiger Schönheitsfehler ist das von den beiden größten deutschen Energiekonzernen RWE und VEBA vorgelegte Konzept zum künftigen Umgang mit der Kernenergie die Bestätigung für die von der bayerischen SPD Anfang November vorgelegten alternativen Strategien für die künftige Energiepolitik. Beim Konzept von VEBA und RWE müssen allerdings notwendige Ergänzungen und Korrekturen vorgenommen werden: Statt neue Großanlagen zu bauen, müssen alle Möglichkeiten des Energiesparens genutzt und - wo notwendig - dezentrale Anlagen errichtet werden. Die "Option" auf die weitere Nutzung der Kernenergie darf nicht die künftige Energiepolitik festlegen und insbesondere nicht bereits jetzt neue Atomkraft-Sackgassen eröffnen. Und besonders wichtig: Der Ausflug in die Plutoniums-Wirtschaft - über Wiederaufarbeitung und Mischoxid-(MOX-)Brennelemente - muß so bald wie möglich beendet werden.

Gefordert sehen wir aber vor allem die Bayerische Staatsregierung, die sich ebenso wie die von ihr mehrheitlich gehaltenen Bayernwerke wieder einmal bundesweit isoliert und Gefahr läuft, im Genehmigungsverfahren für plutonium-haltige MOX-Brennelemente im Siedewasserreaktor Gundremmingen einen hochriskanten Weg zu beschreiten. Zu diesen Fragen haben die bayerischen Sozialdemokraten ebenso parlamentarische Anträge eingebracht wie zur Forderung nach einem breiten gesellschaftspolitischen Konsens an einem Runden Tisch "Klimaschutz", der auch die Aufgabe hat, bestehende bürokratische Hemmnisse beim Energiesparen abzubauen.

Nach unserer Einschätzung bieten die Vorschläge von RWE und VEBA

Neue Möglichkeiten für die künftige Energiepolitik

Die Entscheidung für das Direkte Endlager als einzigen Entsorgungsweg bedeutet, auf die Wiederaufarbeitung und auch den Einstieg in die Plutoniums-Wirtschaft zu verzichten. Konkret heißt das auch: Keine Wiederaufarbeitung und kein Einsatz von plutonium-haltigen MOX-Brennelementen.

Daraus ergibt sich für uns das Signal, daß die besonders risikoreiche Nutzung der Kernenergie beendet werden muß, schon um die Größe eines künftigen Endlagers festlegen zu können. Vor allem entspricht es der Verantwortung gegenüber künftigen Generationen, den Weg der Energiebereitstellung nicht heute schon mit allen Folgekosten festzuschreiben. Der Druck durch den geplanten Ausstieg aus der Atomkraft ist zugleich Impulsgeber und Chance, Techniken zu entwickeln, wie Energie eingespart und rationeller genutzt werden kann und wie erneuerbare Energiequellen - insbesondere über solare Systeme - stärker als bisher eingesetzt werden können.

Damit Schönheitsfehler nicht zu neuen Irrwegen führen: Ergänzungen und Korrekturen zu den Vorschlägen der Energiekonzerne

Die Vorschläge der beiden großen Energiekonzerne müssen allerdings in drei Punkten präzisiert, ergänzt und korrigiert werden:

- o Die Stilllegung von Reaktoren darf nicht dazu führen, daß an ihre Stelle neue Großanlagen zur Energiebereitstellung gebaut werden. Zunächst müssen alle Einsparpotentiale ausgenutzt und die Wirkungsgrade der Energie - optimierte Energienutzung - erhöht werden. Wo dies nicht ausreicht, um den Energiebedarf zu decken, müssen kleine dezentrale Anlagen errichtet werden.
- o Die Entscheidung, ob künftige Generationen die Kernenergie nutzen wollen, darf nicht heute dadurch beeinflußt werden, daß Siemens und Energieversorger ein neues Kernkraftaggregat entwickeln, das sie dann auch verkaufen und einsetzen wollen. Damit würde jeglicher Anreiz verloren gehen, Energiesparstrategien und dezentrale Systeme zu entwickeln und das Geld dafür bereitzustellen.
- o Das bereits vorhandene Plutonium darf nicht durch Wiederverwertung und Einsatz von MOX-Brennelementen vermehrt werden und neue Risiken hervorrufen. Deshalb muß jetzt die Möglichkeit, Plutonium zu "denaturieren", diskutiert werden.

SPD-Forderungen an die Bayerische Staatsregierung

Zentrales Anliegen der bayerischen SPD-Landtagsfraktion ist es, die Staatsregierung und die von ihr mehrheitlich - zu 60 Prozent - gehaltenen Bayernwerke aus ihrer selbstgewählten Isolation zu befreien. Konkret bedeutet dies: Die Diskussion um die RWE- und VEBA-Vorschläge darf nicht durch unrealistische Forderungen aus Bayern erschwert werden. Dazu gehört auch, daß die Staatsregierung sich nicht jetzt im Genehmigungsverfahren um den Einsatz von MOX-Brennelementen im Siedewasserreaktor in eine neue nukleare Sackgasse verirrt. Gleichzeitig müssen die Verträge mit Großbritannien und Frankreich zur Wiederaufarbeitung abgebrannter Kernbrennelementen werden.

An dem Bund richten wir die Forderung, die Direkte Endlagerung als einzigen Entsorgungsweg im Atomgesetz festzuschreiben und damit den Ausflug in die Plutoniums-Wirtschaft - über Wiederaufarbeitung und MOX-Brennelemente - zu beenden.

Der von der bayerischen SPD-Landtagsfraktion Anfang November beantragte "Runde Tisch Klimaschutz" hat durch die Vorschläge der Energiekonzerne noch mehr Bedeutung gewonnen, da die künftigen Strategien für die Energieversorgung nur im breiten gesellschaftlichen Konsens gefunden werden können und dürfen. Hier geht es nicht nur darum, Vorschläge für den Ausstieg aus der Kernenergie zu schaffen, sondern auch um die Erarbeitung von organisatorischen, technischen und rechtlichen Maßnahmen, um die bürokratischen Hemmnisse für das Energiesparen beim Strom und vor allem im Wärmemarkt zu beseitigen.

(-/9. Dezember 1992/rs/ks)

Düstere Aussichten für den indischen Subkontinent
Zu den Folgen der Zerstörung der Moschee von Ayodhya

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Die heftigen Reaktionen auf die Erstürmung und Zerstörung der historischen Moschee von Ayodhya im indischen Bundesstaat Uttar Pradesh durch Hunderttausende fanatisierter Hindus beweisen, daß nicht nur die Indische Union selbst, sondern auch die südasiatischen Nachbarländer Pakistan und Bangladesch in einer gefährlichen Krise stecken, an der die fragile politische Ordnung einer ganzen Region zerbrechen könnte. In zahlreichen indischen Metropolen fallen Muslime und Hindus übereinander her, schon jetzt sind einige hundert Tote zu beklagen. Mit Waffengewalt versuchen paramilitärische Verbände der Regierung in mehr als einem Dutzend Städten, die blutigen Massaker zu beenden. Über mehr als 30 Städte wurde der Ausnahmezustand verhängt. Aber auch aus Pakistan und Bangladesch, Ländern mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung, werden blutige Zusammenstöße zwischen Muslimen und Hindus gemeldet. In Dhaka, der Hauptstadt von Bangladesch, griffen wütende Demonstranten zur Vergeltung für die Zerstörung der indischen Moschee drei Hindutempel und die indische Botschaft an. Landesweit brannten mindestens 30 hinduistische Gotteshäuser. Auch in der pakistanischen Hafenstadt Karatschi wurde ein Hinduheiligtum aus Rache in Brand gesteckt. Weitere 15 Tempel wurden in ganz Pakistan gestürmt, obwohl auf Anweisung der Regierung Nawaz Sharif massive Polizeiaufgebote für den Schutz der religiösen Stätten der 1,5 Millionen Hindus im Land sorgen sollten. Ein spontaner Generalstreik legte das öffentliche Leben für einen Tag lahm. Auf Kundgebungen in mehreren Großstädten wurde der Ruf nach einem 'Heiligen Krieg' gegen Indien laut.

Aufgrund der emotionalen Sprengkraft, die das traditionell brisante Verhältnis der beiden größten südasiatischen Religionsgemeinschaften zueinander prägt, ruht auf den Schultern aller politischen Akteure eine enorme Verantwortung. Auf die in Indien regierende Kongreßpartei mit Premierminister Narasimha Rao an der Spitze wartet keine geringere Aufgabe, als den säkularen und toleranten Staatscharakter der Indischen Union und die nationale Einheit des größten demokratisch organisierten Vielvölkerstaates der Welt vor den kaum zu kontrollierenden zentrifugalen Kräften rücksichtsloser religiöser Fanatiker schützen zu müssen. Als fatal erweist sich jetzt, daß sowohl Regierung als auch Opposition immer wieder versucht haben, die sensible Religionsfrage aus eigennützigem innenpolitischen Kalkül heraus zu instrumentalisieren. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der auf Bundesebene größten Oppositionspartei, der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP), zu, die in der größten Provinz Uttar Pradesh zugleich die Landesregierung stellt. Seit ihrem Wahlsieg vor einem Jahr versucht diese Partei ihre Regierungsgewalt auszunutzen, um im religionspolitischen Dauerdisput um die umstrittene Religionsstätte in dem Pilgerort Ayodhya unter Verletzung gerichtlicher Verbote vollendete Tatsachen im Sinne der radikalen Hindu-Fundamentalisten zu schaffen. Tatsächlich verdankt die BJP ihren Erfolg dem Versprechen an die Adresse der hinduistischen Wählerbasis, die 430 Jahre alte Moschee schleifen zu lassen. Diese soll nach dem Glauben radikaler Hindus auf den Ruinen eines noch älteren Tempels stehen, der den Geburtsort des Gottes Ram markiert.

Doch auch für die knapp 120 Millionen indischen Muslime und die mehr als 220 Millionen Muslime Bangladeschs und Pakistans ist die nach dem ersten - muslimischen - Moghulkaiser Babar benannte Moschee ein religiöses und zugleich auch nationales Symbol, da sie an eine Epoche islamischer Vorherrschaft auf dem Subkontinent erinnert. Als das britisch-indische Imperium 1947 aufgelöst, und das Erbe nach dem Kriterium der Religionszugehörigkeit der Bevölkerungsmehrheit zwischen den Nachfolgestaaten Indien und Pakistan aufgeteilt wurde, kam es zu einem beispiellosen Blutbad, das bis auf den heutigen Tag das Verhältnis der Religionen und der südasiatischen Staaten zueinander überschattet und jederzeit zu neuen grausamen Konflikten eskalieren kann. Darum wäre die regierende Kongreßpartei gut beraten, ihrer Rolle als Garant eines liberalen, pluralistischen und säkularen indischen Staates gerecht zu werden, indem sie dem verantwortungslosen Treiben der Hindu-Fundamentalisten entschlossen Einhalt gebietet. Nur so kann der drohenden Gegengewalt islamischer Eiferer rechtzeitig der Boden entzogen werden, die jederzeit in einen vierten Krieg zwischen Indien und Pakistan münden kann, falls kurzsichtige Politiker in den islamischen Nachbarländern der Versuchung erliegen, aus den jüngsten Ereignissen Kapital zu schlagen.

(-/9. Dezember 1992/rs/ks)

Plädoyer für eine globale Wende
Zur Parlamentarierkonferenz für Umwelt und Entwicklung

Von Professor Monika Ganseforth MdB
Teilnehmerin an der IPU-Konferenz in Brasília

Es ist nach Auffassung der SPD unerlässlich, daß die internationale Umwelt- und Entwicklungspolitik nicht nur von den Regierungen wie im Juni 1992 in Rio, sondern auch von den Parlamenten getragen wird. Während bei der Rio-Konferenz die ParlamentarierInnen an den Beschlüssen nicht beteiligt waren, wurden in Brasília auf einer IPU (Internationale Parlamentarier Union)-Tagung die Beschlüsse des Erdgipfels bewertet und ein Aktionsplan verabschiedet. Der IPU gehören derzeit ParlamentarierInnen aus mehr als 100 souveränen Staaten der Welt an. Als Mitglied des 12-köpfigen Redaktionskomitees für den Aktionsplan konnte ich feststellen, wie groß die Interessenunterschiede zwischen den Abgeordneten aus Entwicklungs- und Industrieländern, aus Tropenwald- und Erdölförderländern sind und wie wichtig die Gespräche und Verhandlungen zwischen den Abgeordneten sind. Schließlich wurde von den Vertretern von rund 100 Parlamenten ein umfangreiches Papier verabschiedet. Es umfaßt Empfehlungen an die Parlamente aller Völker und die ParlamentarierInnen und Parlamentarier sowie an die IPU:

Sie beziehen sich

- o auf ökonomische und soziale Aspekte von Umwelt und Entwicklung,
- o auf die Bewahrung und Nutzung der Natur und Umwelt,
- o auf die Stärkung der Rolle der sozialen Gruppen und auf die Instrumente zur Durchsetzung der Ziele.

Als wesentliche Punkte sind hervorzuheben:

1. Alle Regierungen werden aufgefordert, die Klimakonvention, die Konvention zur Artenvielfalt, aber auch die zum Schutz der Ozonschicht zu zeichnen, und die Parlamente werden aufgefordert, sie zu unterzeichnen.
2. Die Industrieländer werden aufgefordert, mindestens 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe zu geben.
3. Die Bevölkerungsentwicklung muß reduziert werden. Dabei bildet die Unterstützung und Bildung von Frauen einen besonderen Schwerpunkt.
4. Zum 50. Jahrestag der Vereinten Nationen 1995 soll eine 'Erd-Charta' verabschiedet werden, die verbindlich und umfangreich die Grundsätze für die menschlichen Aktivitäten auf der Erde festlegen soll.

In der Plenar-Debatte setzte ich mich in meiner Rede für die Begrenzung und Reduzierung aller Treibhausgase, besonders die energiebedingten CO₂-Emissionen ein. Ich wies darauf hin, daß mittelfristig auf den Einsatz fossiler Energieträger (Öl, Kohle, Gas) verzichtet werden muß, wie auch die Klima-Konvention als Ziel festschreibt. Als Lösung komme nur die Beendigung der Energieverschwendung und der Einstieg ins Solarzeitalter in Frage. Kernenergie sei keine Lösung der Energie- und Klimaprobleme.

Besonders Vertreter aus Ländern wie Kuwait und Iran meldeten Zweifel an gefährlichen Klimaveränderungen an. Die Entwicklungsländer verlangten Hilfe und Unterstützung von den Industrieländern, die neugewählte US-Regierung wurde von den ParlamentarierInnen aufgefordert, ihre Umweltblockade zu beenden. Die Diskussion und der Erfahrungsaustausch unter den ParlamentarierInnen sind für den Prozeß der Durchsetzung der Ziele der UN-Konferenz von Umwelt und Entwicklung äußerst wichtig. Auch dem Deutschen Bundestag und seinen Ausschüssen wird der brasilianische Aktionsplan zur Kenntnis gebracht und debattiert werden.

(-/9. Dezember 1992/rs/ks)
